

J. G. A. Wirth's

# Leztes Wort

an

die deutsche Nation.

Mit Randglossen von W. Wirth.

Frankfurt am Main.

J. D. Sauerländer's Verlag.

1849.



Handwritten text, possibly a title or date, appearing as "1811".

Large handwritten numbers, possibly "11022 221222".

Handwritten text, possibly a name or location, appearing as "München".



Handwritten text, possibly a date or reference number, appearing as "1811".

Handwritten text, possibly a name or location, appearing as "München".

Handwritten text, possibly a date or reference number, appearing as "1811".

Handwritten text, possibly a name or location, appearing as "München".



## **V o r w o r t.**

---

Es war im März vorigen Jahrs, vor dem Vorparlament, als die letzte Schrift meines Vaters „Ein Wort an die deutsche Nation“ erschien. Die Ereignisse des vorigen Jahrs haben die Richtigkeit seiner politischen Anschauungsweise erwiesen, und die Zeit hat sich noch nicht so umgestaltet, als daß nicht jedes Wort heute noch ebenso mahnend und ermuthigend an unsere Herzen schläge. Hat sich doch im verflossenen Jahre fast Wort für Wort Alles so gestaltet, wie es in dieser, man möchte sagen, in der Vorahnung des Todes niedergeschriebenen Weissagung verkündet ist; und es steht die Zeit bevor, wo auch das letzte Wort gelöst werden wird. Je mehr die republikanische Partei in Deutschland entmuthigt scheint, desto geeigneter halte ich es, durch eine neue Ausgabe jener Schrift aufmerksam zu machen, wie wenig gerade sie Ursache hat, muthlos zu sein. — Auch die Beschlüsse der Nationalversammlung über das Kaiserthum werden nichts ändern; ein König, der nach einer solchen Wahl immer noch ein Ministerium Brandenburg behält, wird auch als Kaiser nicht acht constitutionell regieren wollen, und die Ereignisse werden dann erst immer



unaufhaltsamer werden. Die Weltgeschichte geht ihren Gang, wenn sie für uns Menschen vielleicht auch oft zu langsam vorwärts schreitet. —

Die Bemerkungen, welche angefügt sind, sind theils mündlichen Mittheilungen entnommene Gedanken, welche in der deutschen Tribüne, deren Erscheinen leider durch den frühzeitigen Tod verhindert wurde, entwickelt werden sollten, theils Vorschläge, wie sie heute aus der Natur der Verhältnisse sich darbieten. —

Frankfurt a. M., im April 1849.

Dr. Wirth.



**Wir** sind in die Zeit der Thaten eingetreten, und in einer solchen schwinden die schimmernden Redensarten. Das Wort der Handlung ist kurz.

### **Deutschland ist in den Zustand der Staatsumwälzung eingetreten!**

Wer kann diese Bewegung leiten? Die Fürsten mit Ministern aus der freisinnigen Richtung? Geschichte und Logik antworten hierauf. Es ist gerade jetzt ein Jahr, daß ich in der Einleitung zu der neuesten Geschichte Deutschland's den Eintritt der Staatsumwälzung bei der Fortsetzung des politischen Systems der Fürsten für unabwendbar erklärte. Ich habe gezeigt, daß die Einheit Deutschland's hergestellt, Pressfreiheit, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Geschwornengericht, Religions- oder Gewissensfreiheit, ernste Verantwortlichkeit der Minister eingeführt werden müssen; ich habe dargethan, daß die regierenden Landesherren mit den vormaligen reichsständischen Fürsten und Grafen das Ober- oder Fürstenhaus, und frei gewählte Volksvertreter das Unterhaus bilden müssen, daß über beiden ein Reichsoberhaupt mit verantwortlichen Ministern stehen soll. Wenn man sich die Mühe geben will, im siebenten und achten Hefte meiner neuesten Geschichte das erste Hauptstück vom achten Buch zu lesen, so wird man finden, daß dort die Grundzüge einer freien, großartigen Reichsverfassung im Zusammenhang und nach organischen Gesetzen entwickelt sind, wovon jetzt bald hier, bald dort abgerissene Gedanken hervortreten. Das geschah zu einer Zeit, wo Niemand an eine französische Staatsumwälzung oder Motion für ein deutsches Parlament dachte. Dort war eine friedliche, ruhige Reform möglich, weil die unermessliche Mehrheit der deutschen Nation eine solche freie Reichsverfassung als einen großartigen Fortschritt mit Dank angenommen



haben würde. Aber was thaten die Fürsten? Sie würdigten den Vorschlag der Reform nicht der mindesten Beachtung, obgleich für den Fall fernerer Hartnäckigkeit der unausbleibliche Eintritt der Revolution bestimmt vorausgesagt wurde. Was angekündigt ward, hat sich erfüllt, die Staatsumwälzung ist eingetreten! Kann man sich jetzt mit den Fürsten auf die Bedingungen vergleichen, welche ihnen vor dem Eintritt jenes Ereignisses angeboten wurden? Das wäre gerade so, als wenn nach erfolgter rechtskräftiger Entscheidung eines Streites der Sieger die Opfer eines Vergleiches bringen wollte, den er vor dem Urtheil wegen der Ungewißheit der Entscheidung vorgeschlagen.

Mit Ueberlegung und Vorbedacht haben die Fürsten Alles auf einen Wurf gesetzt: „entweder unsere volle unbeschränkte Macht, oder Ruin!“ Sie haben verloren! Wird man ihnen erlauben, ihren Einsatz zurückzunehmen, das Spiel für einen Scherz zu erklären? Das deutsche Volk ist gutmüthig, es würde dazu gebracht werden können, jene Einwilligung zu ertheilen; allein auch über dem Volk steht eine höhere Macht, die Weltordnung, diese versagt ihre Zustimmung; die Sache steht viel ernster, nach den Gesetzen der Weltordnung kann das deutsche Volk den Fürsten ihren Einsatz nicht zurückgeben, auch wenn es wollte.

In den Zeiten der Thaten muß man den Geist und den Gang der Bewegung scharf erkennen und feststellen, den Punkt, der Alles beherrscht, bestimmt erfassen; er heißt: es handelt sich nicht mehr darum, ob eine freie, großartige Reichsverfassung, im constitutionellen Sinne, nicht besser sei, als eine Republik, sondern darum, daß keine menschliche Macht im Stande ist, die Republik in Deutschland aufzuhalten, und wäre die letztere auch zehntausendmal schlechter, als eine edle constitutionelle Verfassung.

Ich gestehe, daß ich eine Reichsconstitution Deutschland's, wie ich sie in der neuesten Geschichte vorgeschlagen, der Republik bei weitem vorgezogen hätte: sie würde ungleich mehr Würde, Anmuth und Fruchtbarkeit entwickelt haben, sie würde der Wissenschaft und der Bildung förderlicher gewesen sein, das Volk glücklicher gemacht haben. Doch sie



war nur auf dem Wege der Reform möglich, durch den Eintritt der Staatsumwälzung wurde sie todt, todt wie alle ähnlichen vorgeschlagenen Verfassungen, wie namentlich jene, welche die Volksversammlung in Frankfurt am 30. März beantragen oder versuchen wird.

Das oberste Gesetz der Revolutionen ist jenes, daß sie wenigstens vorübergehend unaufhaltsam **zur Republik** führen. Führen sie nicht dazu, so sind sie keine Revolutionen, sondern Reformbewegungen. Demnach stellt sich die Alles entscheidende Frage dahin fest: befinden wir uns im Zustand der Staatsumwälzung, oder in jenem der Reformbewegung? Wer das erstere leugnen und das andere glauben will, wird sich einem gefährlichen Irrthum ergeben; ich habe soeben einen Umkreis von 270 Stunden in Deutschland zu Pferde durchreist, ich habe, unerkannt und unbemerkt, nicht gesprochen, sondern gehört, beobachtet, geforscht: **wir befinden uns vollständig im Zustande der Staatsumwälzung!**

Reformen können die Fürsten mit Hülfe der freisinnigen, gemäßigten Männer des Fortschrittes leiten, Revolutionen hingegen nicht, letztere führt der Weltgeist unmittelbar, und wenigstens vorübergehend **leitet er sie stets zur Republik.**

Daß dem nach den tiefften Gesetzen des Lebens so sei, daß somit keine menschliche Macht, nicht der innigste Verein, selbst nicht die Hingebung aller gemäßigten freisinnigen Männer in Deutschland die Republik zu verhindern vermögen, dafür sprechen tausend unwiderlegliche Gründe der Geschichte, der Erfahrung und der Staatsweisheit; es sprechen dafür ganz überwältigende Gründe und zwar in solchen Massen, daß man Bogen damit füllen könnte; indessen die Zeit der Thaten gebietet, wie gesagt, Kürze und wir wollen darum von den Hauptgründen nur einen anführen.

Es ist ein einfaches Naturgesetz, daß Niemand sein angeborenes Wesen, seinen innersten Charakter, wie dieser in Folge der Anlagen und Lebensstellung sich bildet, über Nacht plötzlich und gänzlich umwandeln kann. Nun sind die deutschen Fürsten durch eine tausend-



jährige Geschichte an den Gedanken ihrer Macht gewöhnt, von ihrer Kindheit an als rechtmäßige Besitzer solcher Macht erzogen und gebildet worden; die fürstliche Gewalt trägt aber einen Reiz in sich, welchen sich außer den Inhabern derselben nur wenige Menschen in seinem ganzen gewaltigen, ungeheuern Umfang vorstellen können: jede Faser, jedes Seelenvermögen der Fürsten klammert sich krampfhaft an diese Füße, geliebte Gewalt an; dieselbe verkümmert und beschränkt zu sehen, ist ein bitteres, ach ein zu bitteres Gefühl; kein Fürst vom alten legitimen Stamme versteht sich daher gerne zu ernstern Bewilligungen zu Gunsten der Volksfreiheit; nur der Drang der Umstände, die Gewalt des Augenblicks nöthigt solche Zugeständnisse ab; allein stets werden sie von jenen Herrschern mit bekümmertem Herzen gewährt. Eifrig hegen und nähren darum die Fürsten die Hoffnung besserer Zeiten, also Aufhebung oder Beschränkung der Zugeständnisse, in den geheimsten Falten der Brust. Diese Stimmung der Herrscher vom alten legitimen Stamme, welche aus dem Wesen ihres Charakters unaufhaltsam hervorströmt, drängt sie in den Zeiten der Umwälzung zu **geheimen Verabredungen oder Einverständnissen mit auswärtigen unumschränkten Monarchen**; öffentlich betheuern sie, daß alle ihre gemachten Zugeständnisse aufrichtig gemeint seien, und gewissenhaft erfüllt werden sollen; doch heimlich geloben sie sich die Zurücknahme oder Beschränkung bei der ersten günstigen Gelegenheit.

Nichts beweist das deutlicher, als die Geschichte Ludwig's XVI. von Frankreich. \*) Öffentlich schwor dieser unglückliche Monarch mehr als einmal, daß er die gemachten Bewilligungen zu Gunsten der Volksfreiheit freiwillig gegeben habe, daß er unter allen Franzosen der treueste Anhänger des constitutionellen Systems sei. Als er hingegen die Flucht versuchte, so hinterließ er eine Schrift, worin er erklärte, daß ihm alle gemachten Zugeständnisse durch Gewalt abgedrungen worden seien, daß er sie deshalb alle widerrufe und für ungültig erkläre. Und Ludwig XVI.

---

\*) Oesterreich, Preußen!

Ann. d. G.



war gewiß ein wohlwollender, milder Mann; indessen er mußte den Gesetzen seines Standes und seiner Organisation folgen.

Wir wollen nicht anklagen, nicht aufreizen, sondern nur That-  
sachen und Regeln der Weltordnung an einander reihen; wir wollen  
daraus die deutschen Fürsten nicht alle beschuldigen, daß sie ihre Zu-  
geständnisse nur mit heimlichen Vorbehalten gemacht haben, daß sie mit  
einem mächtigen auswärtigen Selbstherrscher geheime Verbindungen  
suchen oder unterhalten. Ich meines Orts bin vielmehr moralisch über-  
zeugt, daß z. B. der Großherzog von Baden dem constitutionellen System  
und einer verständigen, würdigen Volksfreiheit aufrichtig ergeben ist, daß  
er die gemachten Zugeständnisse nicht nur gerne bewilligt hat, sondern  
sie selbst vor dem Eintritt der französischen Februar-Revolution bewilligt  
haben würde, wenn es ihm der Bundestag erlaubt hätte. Ähnliche  
oder annähernde Gesinnungen mögen noch andere kleine Fürsten hegen;  
aber daß der König von Preußen über Nacht plötzlich seine  
Natur geändert, daß er von dem eifrigen unumschränkten  
Herrscher des göttlichen Rechts mit einem Schlage  
in einen aufrichtigen constitutionellen König verwandelt  
worden sei, ein solches Wunder ist schwer zu glauben. \*)  
Der Mann, welcher nach den Ereignissen in Karlsruhe, Stuttgart,  
Darmstadt, Kassel, München, Wien und anderen deutschen Höfen kalt-  
blütig und unbarmherzig die Bürger niederschießen ließ, welche nur  
ehrerbietig um weniger baten, als in den süddeutschen Ländern bereits  
bewilligt war; der Mann, welcher nach seiner tiefsten Ueberzeugung eine  
wirkliche repräsentative Verfassung sogar für das Volk selbst für schädlich  
hält, ein solcher Mann soll über Nacht den ganzen innern Kern seines  
Wesens plötzlich umschaffen? . . . Das wird der größte Theil des  
deutschen Volkes nicht glauben, selbst wenn Männer seines Vertrauens  
es ihm betheuern.

Kurz, der Volksinstinkt wird im Fortgang der Um-  
wälzung den Massen die Ueberzeugung aufdringen, daß

---

\*) Ministerium Brandenburg, Belagerungsstand.



die Zugeständnisse vieler Fürsten nur Blendwerk seien, hinter dem sich wesentlich andere Absichten verstecken. Wenn diese Ueberzeugung auch auf einem Irrthum beruhen sollte, so bleiben sich die Folgen dennoch gleich: die Massen werden selbst den Irrthum für Wahrheit halten, keine menschliche Macht wird im Stande sein, jene tief wurzelnde Meinung dem Volke zu nehmen.

Wer gerecht sein will, kann der Nation dieses Mißtrauen nicht verargen. Wie sind die Fürsten seit dem Befreiungskriege mit dem Volke umgegangen, mit welcher vorbedachten Kaltblütigkeit wurden die heiligsten Zusicherungen gebrochen, mit welcher halsstarrigen Hartnäckigkeit wurde dieses System 33 Jahre, trotz der wohlwollenden Vorstellungen aller Menschenfreunde, trotz der Warnungen aller gemäßigten Männer, fortgesetzt?

Nein, das deutsche Volk glaubt von Stunde an bloße Worte nicht mehr, es verlangt die That und zwar augenblicklich die That; es ist fortan wachsam, und es hat vollkommen Recht, auf seiner Hut zu sein.

Dieses natürliche und in dem Gang unserer Geschichte so tief begründete Mißtrauen des Volkes gegen die Fürsten wird im Laufe der Umwälzung immer stärker werden. Ich bin auf meiner Reise sehr schon über den tiefen Unglauben der Massen gegen fürstliche Erklärungen erstaunt: man glaubt ihnen nicht mehr, selbst wenn Männer des Volkes als Zeugen für die Wahrheit auftreten; alles das wird noch tiefer greifen, wenn die Ereignisse weiter gehen. Die Folge davon ist, daß die Nation der deutschen Reichs- oder Centralgewalt, die sich zu bilden beginnt unter der Autorität der Fürsten, **niemals die Gewalt einräumen wird**, welche zur Leitung der gewaltigen Krisis erforderlich wäre. \*) Es ist das ein allgemeines, gleichförmiges und unabwendbares Gesetz jeder Staatsumwälzung. Unter der Autorität der Fürsten wird schon das Volk die bevorstehende Centralgewalt von Deutschland nie anders zulassen, als

---

\*) Auch die Fürsten haben es zuerst nicht gethan.



**in verhältnißmäßiger Schwäche**, und solche schwache Regierungen führen in Revolutionszeiten unfehlbar zur Republik. In diesem einfachen Verhältniß liegt das ganze Geheimniß der Krisis.

Wie schon die wenigen Wochen unserer Staatsumwälzung bewiesen, schreiten in solchen Zeiten die Ereignisse mit der Eile des Sturmes voran. **Bald werden die freisinnigen Männer, welche bis jetzt für entschiedene Reformer, selbst für Radicale galten, als zu gemäßigt erscheinen, in der Volksgunst sinken, binnen wenigen Monaten sie verloren haben.** \*) Der richtige gesunde Sinn des Volkes wendet dessen Zuneigung in Revolutionszeiten stets den Männern der entschlossenen Thatkraft zu; solche Männer sind jedoch vorzugsweise die Republikaner. Es ist wahr, daß gegenwärtig die Letztern bei der unermesslichen Mehrheit der Nation nicht beliebt sind; wenn man jetzt in ganz Deutschland ohne Anwendung von Terrorismus über Republik oder constitutionelle Reichsverfassung abstimmen lassen wollte, so würden unter 100 wenigstens 90 gegen die Republik sich erklären; auch davon habe ich mich auf meiner Reise überzeugt; allein die Ereignisse gehen schnell, das Mißtrauen wider die Fürsten wird die Massen **selbst wider Willen** zur Republik hindrängen, und Staatsfehler der Fürsten werden das Ereigniß bald vollendet haben.

Der König Ludwig von Baiern hat geradezu erklärt: „er danke nur ab, weil man ihn zu Bewilligungen gezwungen habe, welche er nicht halten könne.“ Solche Thatfachen haben im jetzigen Augenblick, eine inhaltschwere, furchtbare Bedeutung. Sie werden indessen noch wichtiger durch den Umstand, daß der neue König von Baiern die freisinnigen patriotischen Bestrebungen, welche von der fürstlichen Reaction politische Verbrechen und Vergehen genannt wurden, auch jetzt noch Verirrungen heißt. — „Um die Erinnerung an frühere „Verirrungen“ zu beseitigen erlasse ich die Amnestie für die politischen Verbrechen und Vergehen, das heißt in der Volkssprache „für die patriotischen Tugenden.“ So

---

\*) Die Gagern u. A.



lautet die Thronrede des neuen Königs von Baiern, und das geschieht unter dem liberalen Ministerium des Freiherrn von Thon-Dittmar.

In solchen Verhältnissen liegt der Schlüssel zum Verständniß unserer gegenwärtigen Lage. Staatsfehler der Fürsten werden das Mißtrauen des Volkes immer größer machen, und dieses stets wachsende Mißtrauen wird die Massen der Nation selbst wider Willen zur Verkündung der Republik zwingen. Letztere geht nach den Gesetzen der Weltordnung als unaufhaltsamer organischer Drang aus den Thatfachen mit allmächtiger Gewalt hervor.

Was folgt nun aus dieser Thatfache, deren augenfällige Wahrheit die nächste Geschichte unseres Vaterlandes beweisen wird? Folgt daraus, daß man die Republik in irgend einem deutschen Lande auf der Stelle einführen soll? Nein, gerade das Gegentheil!

Wenn irgend etwas im Stande gewesen wäre, die Republik aufzuhalten, so war das eine voreilige Verkündung derselben durch den Seekreis von Baden oder selbst durch das ganze badische Land. Ein solches Ereigniß würde die Drohung enthalten haben, dem ganzen großen Deutschland durch einen verhältnißmäßig kleinen Landstrich das Gesetz seiner Entwicklung aufzubringen. Solche Drohung würde in der unermesslichen Mehrheit der Nation Erbitterung und folgerecht Widerwillen gegen die Republik erzeugt haben. **Wer demnach vor oder bei der Offenburger Volksversammlung vom 19. März für die augenblickliche Einführung der Republik wirkte, der hat gegen, und wer dawider wirkte, der hat für die Republik gehandelt. \*)** Wie die Verhältnisse zur Zeit der Offenburger Versammlung beschaffen waren, werden sie aber in diesem Punkte dem Wesen nach **etwas länger bleiben. \*\*)**

---

\*) Warum haben Hecker und Struve nicht auf diese Mahnung gehört?

\*\*) Auch dieß hat sich bestätigt: weder in England noch in Frankreich war die Revolution in Monaten fertig; sondern sie erforderte Jahre. — Wie viele Jahre führte das lange Parlament in England Krieg im Namen des Königs gegen den König!



Es ist nämlich ein anderes unabwendbares Gesetz der Staatsumwälzungen, daß dieselben Anfangs niemals der Leitung der Republikaner, sondern jener der freisinnigen Männer der mittleren Meinung oder Richtung zufallen. Von Zeit zu Zeit sinkt jedoch die Popularität und moralische Macht dieser Männer unter dem gewaltigen Drange der Ereignisse und dem Einfluß der Staatsfehler der Fürsten: von Zeit zu Zeit wächst deshalb die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Republik und mit ihr die Zahl der Anhänger der Letztern an. Endlich tritt der Augenblick ein, wo die Mehrheit der Nation die Unvermeidlichkeit der Republik anerkennt, und in diesem Augenblick geht die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten auf die Republikaner über. So ist der Verlauf der Staatsumwälzungen in denjenigen Reichen, wo sie zum ersten Mal auftreten, mithin nicht wie in Frankreich die Folge einer frühern Revolution sind.

Darum liegt es in den heiligsten Interessen der deutschen Republikaner, daß sie ihren Zweck durch eine voreilige, unreife Geburt, sohin durch eigenmächtiges Ausrufen der Republik in einzelnen kleinen Landstrichen nicht selbst gefährden. **Sie müssen ruhig abwarten, bis ihre Zeit kommt**, und die Geschichte zeigt ja, wie schnell dieser Augenblick bei den Revolutionen eintritt. Das hartnäckige reactionäre System der deutschen Fürsten hat die gegenwärtige Staatsumwälzung gemacht, **die weiteren Staatsfehler derselben Fürsten werden die Republik erzeugen**. Während also die Fürsten an der deutschen Republik arbeiten, dürfen ihnen die Republikaner nicht in den Arm fallen; sie müssen dieselben gewähren lassen, denn die Fürsten arbeiten für die Zwecke des Freistaates.

Wenn indessen die dringendsten Pflichten gegen sich selbst den deutschen Republikanern gebieten, ihrem Zwecke nicht durch eigenmächtige Einführung der Republik in einzelnen Landstrichen zu schaden, sondern



den Ausspruch der Mehrheit der Nation abzuwarten, so hindert das gleichwohl nicht, daß nicht alle Männer von reiner Vaterlandsliebe, sie, welche der Hingebung für ihre Grundsätze fähig sind, schon jetzt aufrecht an die republikanische Richtung sich anschließen und dieselbe mit geistigen Gründen befördern. Es ist dieß im Interesse der Nation vielmehr wünschenswerth, damit die Masse von Einsicht, Bildung und Charakterstärke auf die Leitung eines Ereignisses Einfluß erlange, welches nach den Gesetzen der Weltordnung einmal unvermeidlich ist. Ich meines Ortes bin bereit, in solchem Sinne wieder zu wirken. Die einfachste Art meiner Thätigkeit wäre die Wiederherausgabe der „deutschen Tribune.“

Diese Zeitschrift war das erste republikanische Blatt in Deutschland, an dieselbe knüpfen sich große historische Erinnerungen; die Ideen, für welche sie vor 16 oder 17 Jahren kämpfte, sind jetzt Gemeingut der Nation; nichts scheint daher natürlicher zu sein, als ein Organ wieder zu beleben, welches Samenkörner zu den Früchten der Gegenwart austreute. Möge seine Wirksamkeit jetzt dahin gehen, einen Beitrag zu liefern, daß die großartige Bewegung einer glücklichen Zeit zum Heile der Nation geleitet wird.

Natürlicher Boden der wieder erstehenden „deutschen Tribune“ wäre die Rheinpfalz. Dort wurde in der Criminaluntersuchung gegen mich, wegen des Pressvereins, von dem Appellationsgericht in Zweibrücken ausgesprochen, daß man auch in der Monarchie die Republik vertheidigen und dieselbe fordern dürfe, sofern das nur durch geistige Gründe im Wege der Erörterung und Belehrung, ohne Anwendung von Waffengewalt oder Aufforderung zu derselben geschieht. Gerade das wäre nun die Politik der wieder erstehenden „deutschen Tribune.“ Letztere würde die Gründe für die Republik entwickeln, hingegen mit Wärme vor allen gewaltthätigen, unreifen Versuchen zur Einführung derselben in einzelnen Landesstrichen warnen. Der oberste Grundsatz der Zeitschrift würde sein, die Entscheidung der Mehrheit der Nation über die künftige Verfassung Deutschland's abzuwarten.



Mit der Wieberbegründung der „deutschen Tribune“ soll ein Versuch gemacht werden; sie wird am 15. April oder am 1. Mai d. J. in einer Stadt der Rheinpfalz erscheinen. Besondere Ankündigungen werden das Nähere bekannt machen.

Karlsruhe, am 27. März 1848.

Johann Georg August Wirth.



Revolutionen sind der Grundstein zur Größe der Völker! Von der Vertreibung der Könige an datirt Athen's und Rom's schwunghaftes Aufblühen; nach der Unabhängigkeitserklärung behaupteten die Niederlande eine Zeit lang die Herrschaft der Meere, die ihnen erst durch die Engländer entrisen wurde, nachdem diese aus ihrer Revolution die Kraft und den Geist gesogen hatten, der zu großen Thaten befähigt, nachdem der große Cromwell, der vielfach verleumdete, bei dessen Beurtheilung die Geschichtschreiber ein unvergängliches Zeugniß der Geistesarmuth und Parteiliebe abgelegt haben, nachdem, sage ich, der große Cromwell durch die Revolution den Grundstein zu England's Größe gelegt hatte. Frankreich endlich behauptete eine Zeit lang nach seiner Revolution die Herrschaft über Europa, und nur der göttliche Hauch der Revolution gab ihm die Kraft dazu.

Von der Art und Weise, wie diese junge Triebkraft der Revolution benützt wird, hängt es ab, wie lange die Größe der Nation dauern wird. Frankreich, in derselben wie in jungem Most sich berauschend, fiel nach kurzer Weltherrschaft wieder in Lethargie zurück. England, mit jener göttlichen Kraft sparsam haushaltend, ist heute noch die Beherrscherin der Meere, und auf seinen Besitzungen geht die Sonne nie unter; es hat seine Freiheit bewahrt, während Frankreich zweimal wieder unter das Joch der Sklaverei gefallen ist. Und doch hätte England aller Ueberbleibsel der Herrschaft sich entledigen und noch größere Freiheit sich bewahren können, wenn es seine Revolution ganz weise benützt hätte.

Deutschland hat, ich weiß nicht wie ich es nennen soll, das Glück oder das Unglück, später als die meisten seiner ebenbürtigen Nachbarn, in das Zeitalter der Revolution zu treten. Möge es die Lehren, welche ihm die Geschichte bietet, nicht unbenutzt an sich vorüber gehen lassen!



Unser Zweck ist daher hier, darauf hinzuwirken, daß die Revolution zum Heile ausschlage. Zu dem Ende ist volle Klarheit nothwendig und vor Allem Klarheit darüber, ob und wie weit eine Staatsform das Glück des Volkes schaffen kann. Trotz der Opfer der französischen Revolution und der Thaten Cromwell's kam es in Frankreich und England zur Restauration, theils weil man die jugendliche und, wenn weise benutzt, so segensreiche Triebkraft der Revolution in Eroberungslust ausarten ließ, theils weil das Volk über seine eigenen Interessen nicht aufgeklärt genug war. In England konnte nicht anders gehandelt werden, als Cromwell handelte, und doch hielt sich die Republik nach seinem Tode nicht, weil die politische Aufklärung noch nicht hinreichend durchgedrungen war; weil selbst Cromwell, der große Reformator, noch den religiösen Fanatismus aufstacheln mußte, um dem Volke die Kraft zum Sturze einer tausendjährigen Despotie zu verleihen. Wollen wir jenen Fehler zu vermeiden suchen, und machen wir uns die Sache klar. Wir müssen so weit kommen, daß wir unser Heil nicht mehr von einer „alleinseigmachenden Staatsform“ abhängig machen. Ein absoluter Staat kann vortreflich regiert werden, sofern der weiseste und humanste Mann der Nation der alleinige Herrscher ist. Da dieß jedoch nur in sehr seltenen Fällen vorkommen kann, so wird jedes Volk gut thun, sich diejenige Staatsform zu wählen, worin am wenigsten gegen sein Wohl und gegen seinen Willen gesündigt werden kann, und diese wird denn doch da sein, wo die Regierungen die Beamten des Volkes sind, nicht wo das Volk die Unterthanen der Regierung. Hüte man sich vor Allem, einer Staatsform zu großes Gewicht beizulegen, oder gar zu glauben, mit Erreichung einer besseren Staatsform sei schon Alles erreicht, was zur Regeneration eines Volkslebens nothwendig ist. Die Regeneration kann und darf nicht durch die Regierung geschehen, und die Veränderung einer Staatsform kann nur den Sinn haben, daß das Volk mit der alten Regierung alle Hindernisse weggeräumt wissen will, welche seiner Kulturentwicklung von jener in den Weg gelegt worden sind. Wir müssen uns überhaupt von dem Begriffe des



„Staats“ emancipiren, wie ihn die Könige, die Adels-, Aristokraten- und Priesterkassen aufgestellt haben.

Sie verstanden unter „Staat“ nur den Zustand, wo eine privilegierte Kaste oder Familie die Mehrzahl des Volkes zu ihrem eigenen Vortheile ausbeutet, beherrscht, regiert. Und so eingewurzelt ist dieser Begriff in den Nationen durch Jahrtausende lange Gewohnheit, daß erst in Nordamerika und der Schweiz die Herrschaft der Mehrheit durchzubringen vermochte, obgleich andere Nationen blutige Revolutionen durchlebte und durchkämpft haben, um die Minderheits-herrschaft einer Despotenkaste zu vernichten.

Der Staat, der moderne Staat, dient nur zur Unterdrückung des Volkes. —

Betrachten wir die Staatsregierungen von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage, so sehen wir, daß nicht sie es sind, die den Fortschritt der Humanität besonders befördert haben; wir sehen vielmehr, daß Bildung, Wissenschaft, Wohlstand und geistige Vervollkommenung aus der ureigenen Kraft und der Entwicklung des Volkes hervorgegangen sind, und daß die Regierungen solcher Entwicklung mehr hinderlich als förderlich waren. Die Wurzel aller Uebel der Menschheit vielmehr, die Herrschsucht, war in den Regierungen oder Staatsgewalten verkörpert, und aus diesem Urübel entsprang alles Unglück der Menschheit, wie aus einer Pandora-Büchse. — In unzähligen endlosen Kriegen mußten die Völker sich zersfleischern um einiger Ehrgeizigen willen, die, hießen sie nun Könige oder Senatoren, die Völker zur Schlachtbank schickten, wider ihren Willen, wider ihr Interesse, um einer Chimäre: Herrschaft, Ruhm willen.

Von Cyrus, Xerxes und den Römern bis zu Ludwig XIV., Friedrich dem Großen und Napoleon, wie viele Millionen Menschen sind nicht diesem Gözen „Herrschaft, Ruhm“ geopfert worden! Ihr edelstes Blut, ihr bestes Gut mußten die Völker seit Jahrtausenden hingeben der Willkür eines Einzelnen, den Launen des Moloch „Staat“ genannt. Wann werden sie einmal lernen, frei zu sein, wann werden sie einmal lernen, um ihrer selbst willen zu leben?

Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung hat



gesagt, die völlige Freiheit der Gemeinden vertrage sich nicht mehr mit der Idee des modernen Staates. — Eben diesen modernen Staat wollen wir nicht, sondern einen Staat, der vollständige Freiheit der Gemeinden als Wahlspruch an seiner Stirne trägt. Fragen wir zunächst: was ist der Zweck des Staates? und sodann: kann dieser Zweck nicht auf einfachere Weise erreicht werden, als in der eng gezogenen Linie des modernen Staates? Hier begegnen wir zwei Richtungen: die Anhänger des bisherigen Staates verlangen von dem Staate den Schutz aller dem Staatsverbande Angehörigen; die französischen Socialisten gehen noch weiter und fordern, daß der Staat jedem Staatsangehörigen Arbeit, Wohlstand und Bildung garantire.

Beschäftigen wir uns zuerst mit den Ersteren. In welche Organe, in welche Funktionen zerfällt die Staatsgewalt, um ihren Zweck, den Schutz aller Staatsangehörigen zu bewerkstelligen? Zunächst erblicken wir die Justiz und Verwaltung. Was die Justiz betrifft, so glaube ich nicht auf großen Widerspruch zu stoßen, wenn ich behaupte, daß sie unabhängig von dem Staate dastehen kann. Unsere Voreltern haben es bewiesen, und heute beweisen es noch die Schweizer und die Ditmarschen. In der Schweiz werden selbst Civilstreitigkeiten in den ersten Instanzen durch nicht rechtskundige Richter entschieden, und nur in der letzten Instanz, im Canton Thurgau z. B., zur Hälfte rechtskundige Räte zugezogen. Die Ditmarschen urtheilen heute noch alle Streitigkeiten durch geschworne Richter, und man kann die Klarheit, Bündigkeit und das gesunde Urtheil dieser Bauernrichter nicht genug preisen. Ueber die Rechtspflege in Criminalfällen durch Geschworne ist das ganze Volk bereits einig, warum sollte dieselbe Einrichtung nicht bei der weit einfacheren Civilrechtspflege möglich sein? Ich glaube, ich wiederhole es, hier wenig Widerspruch zu finden. — Was nun die Verwaltung betrifft, so stoßen wir bei ihr zunächst auf eine Erscheinung: die Polizei. Die Polizei, dieses verhaßte mit Recht so verhaßte Institut, ist eines der wesentlichsten Organe zur Erfüllung des Staatszweckes — des Schutzes der Staatsangehörigen. Wenn wir die Wirksamkeit dieses Institutes näher ins Auge fassen, so sehen wir indessen, daß es mehr zur



Plage als zum Schutze der Staatsangehörigen thätig war und ist. Ueberall, wo sie sein soll, ist sie nicht, überall, wo sie nicht sein soll, ist sie. Mord und Diebstahl sind noch nie durch sie verhindert worden, und es ist ja eine bekannte Thatsache, daß man, um berühmte Räuber und Diebe einzufangen, will man zum Ziele gelangen, immer die Gemeinden zur Hülfe nehmen muß. In Rom wurde bis zu diesem Frühjahr sehr viel gestohlen, als aber die Polizei abgeschafft war, kamen Diebstähle beinahe gar nicht mehr vor, weil die Bürgergarde alle Diebe auf der Stelle abfaßte, und es stellte sich später heraus, daß die Diebe und die Polizei gemeinschaftliche Sache gemacht hatten. Wenn aber die Gemeinden, — und Niemand, der Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht hat, wird es bestreiten, — weit besser der Zweck der Polizei, den Schutz des Eigenthums und der Person erreichen, — wir haben es auch im vorigen Jahre gesehen, wie in der gefährlichsten Zeit die Polizei ganz unthätig war, — zu was ist dann dieses edle Institut noch da? Ja, sie ist noch dazu da, Pässe auszustellen und zu verweigern, als wenn die größten Verbrecher nicht immer am besten damit versehen wären. Sie ist da, um deutsche Bürger aus deutschen Städten auszuweisen; sie ist da, um jedes freie Wort zu belauschen und jede Regung des freien Geistes zu hemmen; sie ist da, den Menschen in dem edelsten Rechte, das er besitzt — der Freiheit — zu beeinträchtigen und ihn unter das Thier herabzuwürdigen. Verlieren wir kein Wort mehr darüber, die Zeit und die Weltgeschichte haben dieses Institut gerichtet. Ueberweisen wir die Polizei den Gemeinden, so wird Person und Eigenthum gesicherter sein als jetzt, und Verbrechen werden nur um so seltener werden.

Gehen wir weiter, so kommen wir zum obersten Mittel der Erreichung des Staatszweckes — den stehenden Heeren. Die Wirksamkeit derselben zerfällt in unserem jetzigen Staate in zwei Theile, in dessen Verwendung gegen Außen und gegen Innen. Daß es stehender Heere zum Schutze der Staatsangehörigen im Innern nicht bedarf, brauche ich, meiner Ansicht nach, nicht auseinander setzen zu müssen. Das verflossene Jahr hat es gezeigt, daß sogar die Staatsgewalt es vorgezogen hat, den Schutz des Eigenthums und Lebens der Bürger diesen



Letzteren selbst anzuvertrauen. Zum Schutze der Staatsgewalt selbst werden doch hoffentlich die stehenden Heere nicht bestehen, denn wo eine solche mit und durch den Willen der Mehrheit der Staatsangehörigen regiert, da kann sie nie, auch durch eine noch so starke Fraktion, gefährdet sein. Das ganze bewaffnete Bürgerthum steht einer solchen Staatsgewalt zu Gebot, und diese ist dann unüberwindlich.

Was nun die Wirksamkeit der stehenden Heere gegen Außen betrifft, so ist nicht zu leugnen, daß eine Nation nöthige Schuzmittel gegen äußere Feinde besitzen muß; allein es fragt sich, ob solche Schuzmittel nicht noch umfassender und kräftiger auf andere Weise geschaffen werden können. Die preussische Wehrverfassung, die allgemeine Wehrpflicht deutet dazu schon den Weg an; es werden ja auch in andern Staaten die Rekruten, nachdem sie einexercirt sind, nach 6 — 8 Wochen wieder in ihre Heimath entlassen. Wenn nun die Jugend vom vierzehnten Jahre an schon in den Waffen geübt würde; wenn mit dem Turnunterricht ein Unterricht im Exerciren verbunden wird; wenn das Cadre der Armee, welches immerhin bestehen kann und bestehen muß, so vertheilt wird, daß in jeder Gemeinde ein Exercirmeister ist; wenn in jeder Gemeinde ein Schießstand sich befindet, wie dieß in der Schweiz schon fast allgemein der Fall ist, wo die waffenfähige Jugend sich einübt; wenn wöchentlich einmal in der Gemeinde und sodann in größeren Zwischenräumen Waffenübungen größerer Corps vorgenommen werden: sollte da nicht eine noch tüchtigere Armee herangezogen werden können, als unsere stehenden Heere sind? (Ich will gerne die Cavallerie davon ausnehmen.) Ich bejahe dieß mit größter Zuversicht, denn die Erfahrung spricht für meine Behauptung. In der Schweiz ist dieses System ausgeführt, allein ich will absichtlich die Schweiz nicht als Beispiel anführen, weil durch die eigenthümliche, ungefährdete völkerrechtliche Stellung derselben dort die Kriegsübungen etwas vernachlässigt werden, wenn wir natürlich ihre Schützen ausnehmen, deren es kaum in den Urwäldern Amerika's bessere gibt. Wer hat denn Tyrol vertheidigt, die stehenden Heere? — und als im vorigen Jahre die Italiener in Deutsch-Tyrol einbrachen — wieder die stehenden Heere? Nein, 22,000 Tyroler Schützen.



standen auf und vertrieben den Feind in wenig Tagen, ohne einen Mann stehender Truppen. Und wer hat denn Deutschland, unser schönes Vaterland vertheidigt, wer hat es von 20jähriger Knechtschaft befreit? — Die stehenden Heere? O nein, sie fliehen, sie verrathen das Vaterland und helfen einem Napoleon, um ihr eigenes Vaterland dem fremden Eroberer zu unterjochen: und erst nachdem fast kein Soldat vorhanden war, erst dann verließ das Volk sich endlich auf die eigene Kraft, es stand auf und vertrieb seine Dränger; kaum eingeeübte Rekruten schlugen an der Raxbach die alte ruhmbedeckte Garde Napoleon's, und als das Pulver nicht mehr zündete, schlugen sie mit Kolben drein. Nein, nach solchem Beispiele schweigt von der Nothwendigkeit der stehenden Heere. Bis zum 30jährigen Kriege hat Deutschland keine gekannt, und doch war die deutsche Nation die mächtigste der Erde, und doch wagte es selten ein Fremder seine Marken mit bewaffneter Hand zu überschreiten, ohne mit blutigem Kopfe heimgeschickt zu werden, und doch, und eben darum wurde unser heutiges Sprüchwort: „Stolz wie ein Spanier,“ damals von eben diesen Spaniern gebraucht; „Stolz wie ein Deutscher,“ und doch war sogar ein Papst, Aeneas Sylvius, genöthigt, mit Sehnsucht auszurufen: „Ach, wer möchte sich nicht glücklich schätzen, ein Deutscher zu sein!“ Und ohne stehende Heere war ein kleiner Bruchtheil des großen Deutschland's, war eine einfache Handelsgesellschaft, die Hanse, die Beherrscherin der Meere, gebot eine einfache Handelsgesellschaft den Königen von Skandinavien, welche uns jetzt trotz unserer 900,000 Mann stehender Soldaten verhöhnen, und war die Hanse so angesehen, daß sie in dem jetzt so gebieterischen England ein Privilegium vor den englischen Staatsbürgern selbst hatte, einen Stapelplatz in London, wohin sie ihre Waaren zollfrei einführen durfte, während die Engländer selbst Zoll bezahlen mußten. Ohne stehendes Herr, während der dritte Theil ihrer kriegsfähigen Jugend unter Nadefky in Italien steht, haben die Magyaren für ihre Freiheit und Nationalunabhängigkeit sich erhoben, und nun den österreichischen Kaiserstaat an den Rand des Verderbens gejagt.

Nein, nach solchen Thatfachen täuscht man uns nicht mehr. Die stehenden Heere sind nur da zur Unterdrückung des eigenen Volkes, zur



Aufrechthaltung eines vereinzeltten Fürstenwillens gegenüber dem Willen der Gesamtheit des Volkes, nicht zum Schutze der Staatsangehörigen, sondern zur Unterdrückung derselben.

Wenn wir nun gesehen haben, daß ein Staats-Richterstand, eine Staats-Polizei und stehende Staats-Heere überflüssig sind, d. h. ihrer wegen die Staatsgewalt nicht zu existiren braucht, was bleibt dann für die Kompetenz des Staates übrig? die Kirche, die Schule? Die Erstere ist durch die Grundrechte des deutschen Volkes schon von Staate getrennt, und wegen der Letzteren allein wird man doch keine besondere Staatsgewalt errichten. Die Gemeinden werden sie ebenso gut beaufsichtigen und einrichten können, ja noch besser. Was bleibt nun für die Thätigkeit der Staatsgewalt übrig: Eisenbahnen, Straßen, Kanäle, Posten und andere Staatsanstalten? Ich brauche in dieser Hinsicht kaum daran zu erinnern, daß Alles, was der Staat unternimmt, kostspieliger ist und weniger rentirt, als die Anstalten, welche durch Privatgesellschaften gegründet werden. Ich brauche wohl kaum darauf hinzuweisen, daß gerade die großartigsten, die nützlichsten Anstalten durch Privatgesellschaften errichtet worden sind, daß Fabriken in Händen des Staates in der Regel bankrott werden, daß Eisenbahnen, Kanäle in Händen von Privatgesellschaften bedeutenden Gewinn abwerfen, während sie in Händen des Staates noch Kosten dazu verursachen, daß die herrlichsten Unternehmen von Privatgesellschaften ausgeführt worden sind, daß in England und Nordamerika sogar Straßenbauten von Privaten unternommen werden, mit denen unsere Straßen keinen Vergleich aushalten, am wenigsten die z. B. von der bairischen Staatsgewalt gebauten mit tiefen Geleisen versehenen Straßen; ich brauche nicht wieder auf eine Handelsgesellschaft, die Hanse, hinzuweisen, welche Heere und Flotten besaß.

Wenn nun auch für diese Anstalten die Staatsgewalt nicht nothwendig ist, für was bleibt sie denn übrig? um die Steuern einzuziehen und die Oberaufsicht über die Steuerbeamten zu führen. Zu was aber diese Steuern? Für die Justiz? — Sie wird von den streitenden Parteien und den Gemeinden unterhalten. — Für die Polizei? Die brauchen wir nicht, ist Sache der Gemeinde. — Für die stehenden Heere? Nein,



wir brauchen keine. Jeder ist Soldat, und für die Waffen der Armee muß die Gemeinde sorgen. Für was werden aber dann die Steuern erhoben? Für die Steuerbeamten? Für die Staatsgewalt? Nein, die Steuern können nicht der Steuerbeamten wegen da sein. — Wenn man aber bedenkt, daß in so vielen Ländern die Steuererhebung allein 25% kostet, daß z. B. in Frankreich von 1600 Millionen Franken Steuern sogleich 400 Millionen für die Steuererhebung wegfallen, so muß jeder Vorurtheilsfreie zu der Ueberzeugung kommen, daß dieser sogenannte moderne Staat nur da ist, um das Volk auszusaugen und zu bedrücken, ohne daß er etwas dafür bietet, was das Volk sich nicht selbst besser und wohlfeiler verschaffen könnte.

Wenn die Gemeinden frei gegeben werden und das sowohl lästige, als unwürdige Bevormundungssystem des Staats über dieselben wegfällt, wenn die Justiz, wie z. B. die Handelsgerichte es schon andeuten (und wo ist eine sichere Rechtspflege notwendiger, als beim Handel), Privatsache wird, wie Schule und Kirche, wenn die ganze wehrfähige und vollkommener, als unsere stehenden Heere, in den Waffen geübte Mannschaft kriegspflichtig ist, \*) wenn alle gemeinnützigen Anstalten Privatgesellschaften überlassen werden im Interesse Aller; dann hat der Staat weiter nichts zu thun, als die Leitung der Marine, des Kriegswesens und im Allgemeinen eine Oberaufsicht. Dann sind aber auch die jetzt so drückenden Steuern nicht mehr in der Ausdehnung notwendig. Die wenigen Kosten, welche die obersten Reichsbeamten verursachen, können pro rata auf die Gemeinden ausgeschlagen werden, wie es in der Schweiz geschieht, welche sie gewiß auf die gerechteste und billigste Weise auf ihre Mitglieder zu vertheilen wissen.

Wenn aber die Kosten für das stehende und das Beamtenheer wegfallen, welche unermessliche Ersparnisse werden dann gemacht! Der Wohlstand des Volks muß sich aus doppelten Gründen heben, weil das Volk nicht allein sehr wenig zu zahlen hat, sondern auch weiß, daß,

---

\*) Bei unseren stehenden Heeren sehen wir nur zu häufig, daß die Meisten, namentlich die Offiziere, gar nicht verstehen, was ihr Handwerk ist, d. h. mit den Waffen umzugehen; nirgends gibt es schlechtere Fechter, als unsere Offiziere sind.



was es zahlt, nur für es selbst verwendet wird, weil es dann für sich und nicht für eine träge privilegierte Klasse arbeitet.

Ist ein solcher Zustand aber vielleicht ein idealer? Nein, er ist nicht allein in der Schweiz und im Nordamerika praktisch ausgeführt, wo nicht allein die Gemeinden fast ganz frei, sondern auch die Steuern auf das Minimum reducirt sind, so daß z. B. im Canton Solothurn gar nichts bezahlt zu werden braucht, weil die wenigen Bedürfnisse des Staates durch die Domänen gedeckt sind. Ja noch mehr! Ein solcher Zustand ist einfach in den deutschen Staatsrecht begründet, denn so und nicht anders bestanden die Verhältnisse Deutschland's im Mittelalter rechtlich bis zum westphälischen Frieden, und faktisch wenigstens bis zur Reformation.

Unsere Voreltern wußten nichts von dieser gepriesenen Idee des modernen Staats, die uns von Frankreich erst aufgepfropft worden ist. Alle Freiheit, welche England, die Schweiz, Nordamerika besitzen, alle Rechte, nach welchen die Völker jetzt krampfhaft ringen, waren uranfänglich Rechte des deutschen Volkes: Geschwornengerichte, Pressfreiheit, Versammlungsrecht, Vereinsrecht, das Recht Waffen, zu tragen, waren Rechte der deutschen Nation. Die Deutschen zahlten keine Steuern, sie wählten staatsrechtlich ihr Reichsoberhaupt, und dieses Reichsoberhaupt selbst war dem Geseze unterworfen; sein Richter war der Pfalzgraf bei Rhein. Der Kaiser war nicht erblich, sondern wähl- und abseßbar, und konnte sogar wegen Verbrechen gerichtet werden, nur mußte er vorher seines Amtes entsezt werden. Alle Wahlen der Beamten des Volkes geschahen, wie heute noch in einigen Schweizer-Cantonen (Appenzell, Uri), in öffentlichen Versammlungen des ganzen Volkes. Wenn Geseze erlassen wurden, so geschah dieß ebenfalls im solchen Volksversammlungen; auch die Frage über Krieg und Frieden wurde dort entschieden, und insbesondere konnte kein Nationalkrieg ohne die dort kundgegebene Zustimmung der Mehrheit des Volkes geführt werden. Jeder waffenfähige Deutsche hatte Sitz und Stimme in den Volksversammlungen, also unmittelbaren Antheil an der Ausübung der Nationalsoveränität. Der Fürst hatte bei allen Angelegenheiten, also auch in der Gesezgebung



und bei der Frage über Krieg und Frieden, nur eine Virilstimme, wie jedes andere Mitglied der Nation. Kein Deutscher bezahlte eine Abgabe oder Steuer. Der Fürst und die übrigen Beamten empfingen statt der Besoldung die Nugnießung gewisser nationaler Güter. Die Deutschen konnten in allen und jeden Fällen nur durch Ihresgleichen gerichtet werden, nämlich durch Geschworne, welche das Volk erwählt. Das Gericht wurde öffentlich unter freiem Himmel gehalten, die Geschwornen oder wie man sie damals nannte, die Schöffen, schöpften das Recht aus dem Volk durch Befragen desselben, und waren somit nur Organe der öffentlichen Meinung, d. h. der Mund, durch welchen diese ihr Urtheil aussprach.

Mit der wachsenden Macht der Fürsten wurden später zwar endlich Steuern bewilligt, allein nur mit Zustimmung der Stände, und weder Kaiser noch Fürsten konnten ohne Zustimmung der Stände Krieg führen oder Frieden schließen. Aus solchen Grundzügen bestand das deutsche Staatsrecht, welche uns erst durch die Uebergriffe und Usurpationen der Fürsten verkümmert und zuletzt gänzlich entzogen worden ist. Die Wiedererringung derselben ist daher nur ein jedem Deutschen rechtmäßig zustehendes Recht.

Man wird uns zwar einwenden: dieses Recht beziehe sich nur auf die Freien, weil im Mittelalter die Nation nur aus diesen bestand, die Leibeigenen aber nicht dazu gerechnet wurden und rechtlos waren. Allein das ändert nichts am Staatsrecht. Die Griechen und Römer hatten auch ihre Sklaven, und doch waren ihre Staatszustände sehr frei und Niemand wird sie ein Volk der Sklaven nennen können. Und das ist ja eben der Fortschritt der Neuzeit, daß die Leibeigenen und Bürger sich durch ihre Intelligenz sowohl als ihre Aufopferung für das gemeinsame Vaterland mit Gut und Blut von dem Adel emancipirt haben, und daß ihnen daher jetzt als freien Männern dasselbe Recht zusteht, welches den freien Deutschen vor der Reformation zustand. Die von uns angestrebte Freiheit ist demnach kein unerreichbares Ideal, sondern unser wohlgegründetes Recht. Jene rechtmäßigen Freiheiten, auf das ganze Volk ausgedehnt, werden um so schönere Früchte tragen und die deutsche Nation zu einer nie gekannten Größe und Wohlfahrt bringen, obgleich



sie auch schon im Mittelalter an Macht und Wohlstand den übrigen Völkern überlegen war. Alles hängt aber davon ab, daß wir unsere Revolution weise benutzen. Dieß wird, ich wiederhole es, nur auf dem angedeuteten Wege möglich sein. Fassen wir es in einem Satz zusammen:

Größtmögliche Freiheit der Einzelnen und Gemeinden.

Größtmögliche Beschränkung der Staatsgewalt!

Auf diesem Wege werden wir glücklich über die Klippen hinwegkommen, welche in jeder Revolution so gefährlich sind. — Die Klippe, an der die Revolutionen scheiterten, ist die Herrschsucht, die Feindin jeder Freiheit! Die französische Revolution scheiterte an ihr und selbst Cromwell wußte sich, als er im Besitz der Gewalt war, nicht hinreichend zu mäßigen, so daß das Volk in England und Frankreich nach langen Stürmen die Restauration wünschte und ohne Zögern annahm. Wenn wir hingegen sogleich nach dem glücklichen Gelingen und Vollbringen unserer Revolution die Staatsgesellschaft nach obigen Grundsätzen einrichten, so werden wir keinen Rückfall, keine Reaktion, keine Restauration zu befürchten haben. Ich habe mich bei dieser Frage natürlich in einen noch in der Zukunft liegenden Zeitpunkt versetzt. Wir werden noch manchen harten Strauß zu kämpfen haben, bis unsere Revolution gelungen ist, bis sie gesiegt hat; allein da ihr Sieg gewiß ist, so müssen wir, eben damit sie zum Heile führe, zum Voraus schon über das einig werden, was an die Stelle des Einzureißenden gesetzt werden soll. — Das war eben der Fehler der meisten früheren Revolutionen, daß man das Haus einriß, ehe der Plan zum neuen Gebäude gemacht war. Wir wollen unseren Plan schon vorher uns klar machen. Beim Einreißen arbeiten die Umstände und der Dämon der Revolution mehr noch, als die Intelligenz und die Menschen.

Wenn wir aber nun von unserem Standpunkt der größtmöglichen Freiheit des Individuums und der Gemeinden und größter Beschränkung der Staatsgewalt ausgehend, die Systeme der Socialisten betrachten, des Communismus nicht zu gedenken, so finden wir, daß diese darauf aus-



gehen, dem Staate eine noch größere Gewalt zu verleihen, als er je, auch in der despotischsten Periode der Geschichte, gehabt hat. Die Socialisten, vorzüglich die französischen, wollen, daß der Staat allen seinen Angehörigen Arbeit, ja einen gewissen Grad von Wohlstand garantire. — Es ist hier nicht der Ort, auf die einzelnen Vorschläge der verschiedenen socialen Systeme einzugehen; sie sind schon zu bekannt, als daß nicht Jedermann wisse, daß sie alle insgesammt, mehr oder weniger auf eine Einschränkung des Eigenthumsrechts hinauslaufen. Wir aber, die wir dem Staate den größten Theil seiner jetzigen Competenz bestreiten, können unmöglich zugeben, daß demselben eine noch weit umfassendere Gewalt zugestanden werde, als er je gehabt, eine Gewalt, die selbst bis auf das Eigenthum der Individuen sich erstreckt. Die Freiheit müßte auf eine verderbliche Weise eingeschränkt werden, so daß die schönste Blüthe des menschlichen Daseins, die edle Selbstständigkeit, in einer Kasernenwirthschaft zu Grunde ginge. Deshalb, obgleich nach demselben Ziele strebend: Freiheit, Wohlfahrt und Bildung für Alle, sind wir doch deren geschworene Feinde.

Die Socialisten verkennen aber selbst ihren Ursprung. Die Privilegien, wie sie seit Jahrtausenden eingewurzelt, sind die Quelle der vielen Uebelstände, welche man zu beseitigen strebt. Wenn man nun die Uebel, welche aus dem langen Zwange entstanden sind, beseitigen will, so hüte man sich, doch sogleich in eben den Mißgriff zu verfallen, welchem man entgehen will. Errichte man an die Stelle der alten Privilegien und Vorrechte nicht neue. Stellen wir vielmehr die wahre Gleichheit her, indem wir alle Vorrechte abschaffen, mögen sie heißen wie sie wollen, mögen sie auch im ersten Augenblick theilweise Verluste nach sich ziehen. Das heißt aber nicht Gleichheit schaffen, wenn ich dem Ungeschickten wie dem Geschickten, dem Trägen wie dem Fleißigen gleichmäßig Unterhalt oder gar Wohlstand sichere. Das Schlimmste dabei wäre aber ohne Zweifel, daß dem Staate eine Gewalt in die Hand gegeben werden müßte, welche nur zu leicht auf Kosten der Volksfreiheit mißbraucht werden könnte. Es würde ein Polizei- und ein Beaufsichtigungssystem in solchen Staaten einreißen, durch welche die



edelsten Früchte der Freiheit und Selbstständigkeit geknickt und die Nation auf lange Zeit um die heiligsten Rechte betrogen würde. Der Zweck der Socialisten ist deßhalb jedoch keine Chimäre; nein, ich wiederhole es, wir verfolgen denselben Zweck, allein er ist nur auf dem Wege der Beseitigung aller und jeder Vorrechte, aller Hemmnisse, der vollen Freiheit zu erreichen. Beseitigt man die Ursache der socialen Uebel, die Privilegien und Vorrechte, so werden auch nach einiger Zeit die übeln Folgen desselben sich verlieren, aber darum nicht mit den Socialisten neuen Zwang. — Nur auf dem Wege der Freiheit ist das Ziel zu erreichen, sagte ich, nur auf dem Wege der freien Association. Gehen wir nur bei unserer Erfahrung zu Rathe. Die schönsten Resultate für den Fortschritt des Menschengeschlechtes sind auf dem Wege der freien Association erreicht worden, Alles, was die Menschen Großes und Schönes hervorbrachten. Gegen die Werke der freiwilligen Gesellschaften bleiben die des Staates immer nur Stümperwerk. Wie wohlthätig haben nicht die milden Stiftungen in Deutschland seit dem Mittelalter gewirkt, wie viele talentvolle Kinder armer Eltern wurden zu bedeutenden Männern herangebildet, wie viele Hungrige wurden gespeist, wie viele Kranke gepflegt, wie viele Arme gerettet! Sprechen wir nicht vom Staat: der Staat ließ ruhig die Weber Schlesiens verhungern, bis die öffentliche Mildthätigkeit der Gesellschaft sich der Armen annahm. Was die Menschen in früherer Zeit als ihre ärgsten Uebel fürchteten und beklagten, die Wasser- und Feuersnoth, sie wird heute kaum mehr ein Schrecken der Kinder; die Gesellschaften haben uns von den Beschädigungen des Feuers und Wassers gerettet; selbst für Wechselfälle des Lebens und Todes kann man sich heute durch Versicherungs-Anstalten entschädigen. Auf diesem Wege nur kann und muß weiter geschritten werden, und dann wird das große Ziel, welches uns vor Augen steht: Freiheit, Wohlstand und Bildung für Alle, auch erreicht werden können, aber nur durch die Freiheit und durch die freiwillige Vergesellschaftung, nie durch den Zwang des Staates. Schrauben wir dessen Macht auch noch so hoch hinauf; je höher, desto schlimmer für die Freiheit und die Wohlfahrt des Volkes.



Sind wir auf der einen Seite der Ueberzeugung, daß die socialen Systeme nicht ausführbar oder, wenn ausgeführt, zu einem größeren Despotismus führen, als der bisherige war, so dürfen unsere guten Bürger nicht glauben, diese durch bloßes Hemmen, überwältigen zu können, ohne selbst für die Freiheit etwas zu opfern. Wenn sie nicht die Wurzel des Uebels abschneiden, die Privilegien, dann werden die Socialisten von Tag zu Tag mächtiger und ungestümer werden, bis sie endlich den gesellschaftlichen Zustand mit wirklichen Gefahren bedrohen. Wenn die Parteien gewöhnlich sagen: wer nicht für uns ist, ist wider uns, so sagen wir: wer nicht für uns ist, der arbeitet den Socialisten in die Hände. Aus jedem Privilegium, das bestehen bleibt, entsteht eine sociale Armee, und mit ihr die permanente Revolution. — Wir können es nicht genug wiederholen, alle Privilegien müssen fallen, das ist im Interesse des gesammten Bürgerthums selbst, sollten auch durch die Aufhebung einzelner derselben zeitweise Nachtheile erwachsen. Einzelne mögen verlieren bei neuen nothwendigen Einrichtungen, das ist unvermeidlich; aber eben weil letztere nothwendig sind, so muß man sich auch mit gutem Willen in die vorübergehenden Verluste zu finden wissen. Es wird Niemand mehr behaupten wollen, daß die Eisenbahnen z. B. nicht nothwendig waren, nachdem sie einmal in unseren Nachbarländern eingeführt waren; ja Niemand wird behaupten wollen, daß eine menschliche Macht deren Errichtung hätte verhindern können, und doch haben Viele durch sie temporär Schaden erlitten. Ebenso wird es mit der Gewerbe- und Handelsfreiheit gehen. Zunftzwang und Schutzzölle sind die letzten Privilegien, welche fallen müssen, ja welche fallen werden vor dem allmächtigen Walten der Freiheit, und sollten alle Mächtigen der Erde sich zu ihrer Aufrechterhaltung verschmären; für einzelne Privilegirte werden auch diese Neuerungen Nachtheile mit sich bringen, allein die sind nicht in Anschlag zu bringen gegenüber dem Gesamtwohl der Nation. Die Vorrechte des Adels mußten auch fallen, ohne daß Jemand Rücksicht nahm, und so müssen es auch die der Bourgeoisie, und darunter rechne ich hauptsächlich den Zunftzwang und die Handelsbeschränkungen, fallen, koste es, was es wolle. Die



dabei Interessirten kommen uns zwar mit dem Rufe dazwischen: dann werden viele Arbeiter brodlos; nein, das ist dieselbe perfide Phrase, welche die Fürsten den Vertretern der Volksfreiheit entgegenschleudern: „Ihr wollt die Anarchie.“

Wenn wir nicht aufrichtig und wenn alle Mittel uns genehm wären, die die Revolution befördern, so müßten wir gerade für die Aufrechthaltung solcher Privilegien, wie Zunft und Handelszwang sind, bestehen; weil wir überzeugt sind, daß, so gewiß aus dem Zwangssystem der Fürsten die Revolution entstand, ebenso aus jenen die sociale Revolution entstehen muß. Zum Belege will ich nur auf die Wiege der socialen Systeme, auf Frankreich hinweisen.

Napoleon hatte auf Kosten des Ackerbaus die Industrie durch Prohibitivzölle und andere künstliche Mittel zu heben gesucht, und dadurch eine zum Theil krankhafte Industrie, eine künstliche Fabrikbevölkerung geschaffen. Garantiren nun diese Prohibitivzölle den Arbeitern auch immer das Brod? Keineswegs. Bei jeder Handelskrisis entstanden Stockungen und die Arbeiter waren brodlos, mehr als in handelsfreien Ländern, trotz der Prohibitivzölle. Sollten wir an die vielen Arbeiterkravalle in dem letzten Jahrzehnt in Frankreich erinnern, und kann man uns ähnliche zeigen in Ländern, wo Handelsfreiheit besteht, wie z. B. in der Schweiz? Nein. Durch die Handelsbeschränkung entstand die künstliche Fabrikbevölkerung und durch sie die Socialisten, und durch diese werden die socialen Revolutionen erfolgen, wenn die Mehrheit nicht so verständig ist, sich der Freiheit in allen ihren Consequenzen anzuschließen. Die größten Beförderer des Socialismus und der Revolutionen sind daher die Zünfter und Schutzvöner. Mögen die Bürger sich hüten. Ich wiederhole es, wer nicht für uns ist, ist für die Socialisten. Der Freiheit ewige Wahrheiten werden dennoch fliegen, allein von dem Bürgerthum, von den Besitzenden wird es demnach abhängen, ob friedlich, oder über Blut und Leichen.

Das Princip der Freiheit ist unfehlbar, und wer dasselbe consequent verfolgt, kann sich selten oder fast nie irren. Halten wir getreu an ihm, wie wir es in wenigen Grundzügen hier anzudeuten versucht haben, so



werden wir goldene Früchte aus unserer Revolution erzielen, wo nicht, so laufen wir Gefahr, unter die eiserne Ruthe einer socialen Despotie oder einer Restauration zu fallen. Bleibt ihr aber getreu dem Princip der Freiheit, dann kann ich Euch zuzurufen mit den prophetischen Worten Deeg's:

Es wird ein Tag sein, da die Höhen wanken,  
Da Fürsten mit verhüllten Kronen knien,  
Da blut'ge Schwerdter Nachts am Himmel ziehen,  
Da krachend splitternd brechen alle Schranken!

Es wird ein Tag sein, da die Tempel schwanen,  
Da Priester, die sich heiser „Weh“ geschrien,  
Nun mit zerrissenen Gewändern fliehen,  
Erschreckt vom Sturm der siegenden Gedanken!

Dann wird ein Tag sein, da wie eine Rose  
Des Volkes innere Schönheit sich entfaltet  
Beim regen Wechselspiel der freien Geister!

Dann wird ein Tag sein, da der Mitwelt Loose  
Fortan mein Volk mit frommer Hand verwaltet  
Gar herrschgewaltig als Gedankenmeister!